

Festvortrag des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zum 1. Mitteldeutschen Genossenschaftskongress am 23. Mai 2012, 9.30 Uhr, Leipzig

Sehr geehrte Herren Minister und Staatsminister,
Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Damen und Herren Verbandsräte und Vorstände,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich recht herzlich für Ihre freundliche Einladung bedanken, womit der persönliche Dialog zwischen den Mitgliedern Ihrer Verbände und der mitteldeutschen Landesparlamente fortgesetzt werden kann.

Bereits mehrfach hatten Vertreter des Sächsischen Landtags die Gelegenheit, die für Sachsen, Mitteldeutschland und Mitteleuropa existenzielle Bedeutung des genossenschaftlichen Potentials und dessen Leistungsfähigkeit zu würdigen.

Die aktuelle Weltlage gibt uns in dieser Auffassung Recht.

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen, um auf die weltweite Bedeutung von Genossenschaften aufmerksam zu machen und ihre Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hervorzuheben.

Ich begrüße diese Entscheidung ausdrücklich und freue mich sehr, den mitteldeutschen Beitrag zum Genossenschaftsjahr unterstützen zu können.

Das ist für mich keine einfache Aufgabe.

Ich bin – wie Sie wissen – in einigen Fächern zu Hause, aber kein Experte für das Genossenschaftswesen und schon gar kein Jurist.

Wenn ich mich dennoch auf die Bedeutung der genossenschaftlichen Rechtsform und die Möglichkeiten von Genossenschaften bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme eingelassen habe, so setze ich dabei vor allem einen politischen Akzent.

Das UNO-Jahr legt uns nahe, den gesellschaftspolitischen Kontext etwas weiter zu fassen und aus diesem Anlass einige Gedanken zur Rolle der Genossenschaften im Zeitalter der Globalisierung beizutragen.

Denn eines steht fest:

Die zunehmende weltweite Verflechtung in Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt und Kommunikation mit ihren vorteilhaften und nachteiligen Folgen für die Weltgemeinschaft und jeden von uns ist die größte Herausforderung der Gegenwart.

Die Begleiterscheinungen der Globalisierung erzeugen schon heute die zentralen Probleme der Euro-Staaten innerhalb der Europäischen Union.

Auch wenn der gelegentliche Vergleich Europas mit der Titanic eine Überzeichnung darstellt, so sollte uns allen bewusst sein, dass die seit 2007 wahrgenommene Finanzkrise nur die Spitze eines Eisberges zeigt.

Wir erleben das Vorspiel eines globalen Wandels, als dessen Folge die allein auf Wachstum, Gewinnmaximierung und Ausbeutung der Ressourcen orientierten Wirtschafts-, Finanz- und Informationstransfers an ihre Grenzen gelangen werden.

Immer mehr Menschen beobachten diese Entwicklung mit Sorge.

Viele davon haben es längst verstanden, dass unsere weitere Entwicklung nicht mehr zentral zu beherrschen und auch nicht mehr einheitlich zu regeln ist, sondern dass es auch auf globale Fragen nur regionale Antworten geben kann.

Das gilt unabhängig davon, auf welchem Kontinent wir uns gerade befinden.

Es trifft auf Großmächte und Zwergstaaten, auf reiche und arme Länder, auf die Millionenmetropole und ihre Probleme wie auf das afrikanische Dorf mit seinen Problemen gleichermaßen zu.

Den einseitigen Auswirkungen globaler Kräfte kann durch Föderalismus und Subsidiarität, Dezentralisierung und Regionalisierung im Sinne der Stärkung regionaler Netzwerke und regionaler Wirtschaftskreise entgegengesteuert werden.

Für uns als Mitteleuropäer ist die Gestaltung eines Europas der Regionen bereits seit 1989 weit mehr als nur ein gedankliches Modell, sondern eine entscheidende Option, die uns auch auf dem Weg ins 21. Jahrhundert weiterhelfen wird.

Die damit verbundenen Herausforderungen nehmen nicht allein die Politiker in die Pflicht.

Dieser Prozess globalen Denkens und regionalen Handelns wird zugleich auch den großen gesellschaftspolitischen Kontext bilden, in dem sich die Genossenschaften in Zukunft bewähren müssen und in dem sie sich erfolgreich behaupten werden.

Die Genossenschaften zählen schon jetzt zu den stärksten und nachhaltigsten Aktivposten in der Region.

Vor diesem Hintergrund werden die Unternehmen des Genossenschaftsverbandes aus Sachsen und Thüringen und die Wohnungsgenossenschaften weiter an Bedeutung und Anziehungskraft für unsere Bürgerinnen und Bürger gewinnen.

Diese Konzentration in der Region und auf die Region – wie sie übrigens von jedem guten Kommunalpolitiker als Voraussetzung des Erfolges gefordert wird – hat nichts mit Kirchturmpolitik oder Provinzialismus zu tun.

Sie ist vielmehr ganz konkret auf die Lebensqualität der Menschen als dem wichtigsten Kriterium unseres gemeinschaftlichen Handelns orientiert.

Verstehen Sie mich bitte richtig.

Auch wenn Lebensqualität die Daseinsvorsorge aller unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger beinhaltet, so darf sie nicht auf den materiellen Lebensstandard reduziert und nur mit wachsendem Wohlstand verwechselt werden.

Das Wachstum im Sinne von Quantität hat seine Grenzen wohl bereits erreicht.

Wenn wir von Qualität sprechen, dann dürfen wir dabei das menschliche Maß sowie die Werte und Motive, nach denen wir unser Zusammenleben und unsere Zusammenarbeit gestalten wollen, zu keiner Zeit aus dem Auge verlieren.

An diesem Schnittpunkt zwischen persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen setzt der Genossenschaftsgedanke an.

Genossenschaften stehen für das menschliche Maß, das im Zeitalter eines vermeintlich grenzenlosen Wachstums und auf dem Wege zur Globalisierung verloren zu gehen droht.

Dem menschlichen Maß entsprechen Strukturen, die für den Einzelnen überschaubar sind und die jeder Einzelne unmittelbar beeinflussen kann.

Das ist eine Grundvoraussetzung für die Bereitschaft, die Belange in der Daseinsvorsorge in die eigenen Hände zu nehmen.

Diese Bereitschaft wird durch die Genossenschaft unterstützt.

Die Genossenschaft ist Wirtschafts- und Sozialorganisation zugleich.

Sie ist den Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung verpflichtet.

Sie kann als ein klassisches Modell bürgerschaftlichen Handelns bezeichnet werden.

Der Freiburger Soziologe Burghard Flieger hat die gesellschaftliche Bedeutung von Genossenschaften außerordentlich hoch veranschlagt und sie als Reaktion auf Politikverdrossenheit bezeichnet.

Das ist nachvollziehbar, auch wenn – oder gerade weil – Genossenschaften keine politischen Vereinigungen sind und das ihrem Geist und ihrer Bestimmung gemäß auch nicht sein sollen.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass eine protestantische Sozialethik – zumal in ihrer mitteldeutschen Tradition – dem sozialen Unternehmertum näher steht als ein wie auch immer fundiertes Parteiprogramm oder eine planwirtschaftlich orientierte totalitäre Ideologie.

Der Genossenschaftsgedanke, dem partnerschaftliches, solidarisches und basisorientiertes Handeln zu Grunde liegt, gibt kein Menschenbild vor und braucht keine Utopie.

Er richtet sich auf die Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbskraft in der Region.

Soziales Unternehmertum bildet das Fundament, den Existenzhintergrund die Region.

Nur hier kann es auch seine Nachhaltigkeit über eine Generation hinaus unter Beweis stellen.

Investitionen im Sinne einer überschaubaren und nachhaltigen Geldanlage in der eigenen Region sind Investitionen in die eigene Zukunft.

Kreditgenossenschaften, ländliche und gewerbliche Genossenschaften fördern die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur regionalen Identität mit all ihren sozialen und kulturellen Faktoren.

Die Mitglieder werden gefördert und für die Menschen in der Region wird Verantwortung übernommen.

Regionalität, Gemeinschaft, Verantwortung und Vielfalt werden gerade im Jahr der Genossenschaften immer wieder als wichtige Merkmale der Genossenschaften und als Kriterien des Genossenschaftsgedankens hervorgehoben.

Dasselbe gilt für den Grundsatz der Demokratie.

Es kann also nicht auf mangelndes Demokratieverständnis zurückgeführt werden, wenn Genossenschaftler der Verfassung ihrer Genossenschaft mehr Vertrauen entgegenbringen als dem Staat, so gut dieser auch immer verfasst sein mag.

Es entspricht vielmehr dem Prinzip der Subsidiarität, dass bürgerschaftliche und genossenschaftliche Lösungen allemal besser als staatliche Lösungen sind.

Man muss kein Apologet des Neoliberalismus sein, um sich der Forderung „Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung“ anschließen zu können.

Die Bereicherung des individuellen und sozialen Lebens sollte die Sinnggebung und Zielsetzung jedes Einzelnen sein, wie sie in Genossenschaften schon jetzt in über 100 Ländern und allen Teilen der Welt verwirklicht wird.

Die Vereinten Nationen haben die Rechts- und Unternehmensform der Genossenschaft auch deshalb in den Mittelpunkt gerückt, weil der Genossenschaftsidee nicht allein in unserer Kultur die Zukunft gehören wird.

Bereits heute sind annähernd eine Milliarde Menschen weltweit Mitglieder in Genossenschaften.

Förderleistungen von Genossenschaften erreichen die Hälfte der Weltbevölkerung.

Mehr als 100 Millionen Arbeitsplätze werden von Genossenschaften bereitgestellt.

In der Europäischen Union gibt es mehr als 300.000 Genossenschaften mit rund 150 Millionen Mitgliedern.

Sie haben einen maßgeblichen Anteil am Sozialprodukt der Europäischen Union.

In Deutschland gibt es weit über 5.000 eingetragene Genossenschaften.

20 Millionen Deutsche sind in Genossenschaften organisiert (Zur Erinnerung: Das entspricht der gesamten Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.)

Allein im Mitteldeutschen Genossenschaftsverband haben sich rund 700 Genossenschaften organisiert, die in allen Wirtschaftsbereichen vertreten sind.

Im Handel. Hier sind die traditionsreichen Konsumgenossenschaften aktiv. Ich bin selbst dort Mitglied.

Im Finanzwesen. Am bekanntesten sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ein anderer typischer Wirtschaftsbereich sind die Wohnungsbaugenossenschaften.

Die landwirtschaftliche Produktion wird auch von den entsprechenden Produktionsgenossenschaften und den Winzergenossenschaften getragen.

Dazu kommt der Gewerbliche Bereich.

In den letzten Jahren haben die meisten Genossenschafts-Neugründungen im Bereich Energie, Umwelt und Wasser stattgefunden, womit sich die Bürger an der Organisation der Energiewende beteiligen.

Mehr als 150 Energiegenossenschaften wurden allein im Jahr 2011 gegründet.

Insgesamt gibt es infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes schon rund 450 Energiegenossenschaften, von denen etwa 80 Prozent in der Stromproduktion tätig sind.

Die Energiegenossenschaften befinden sich auch in Sachsen im Aufschwung.

Daneben existieren im Freistaat heute

- Agrargenossenschaften,
- Handels- und Dienstleistungsgenossenschaften,
- Gewerbliche Genossenschaften,
- Konsumgenossenschaften,
- Kreditgenossenschaften und selbstverständlich
- Wohnungsgenossenschaften.

Sie sind – um nur Beispiele zu nennen – im Handel und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen aktiv.

Wenn ich an dieser Stelle auch die Vermietung beweglicher Sachen und die Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen erwähne, dann ist eine Aufzählung damit noch lange nicht an ihr Ende gelangt.

Ich denke aber, dass diese wenigen Hinweise bereits ausreichen, um die Bedeutung der Genossenschaften für die Bevölkerung in ganz Mitteldeutschland zu würdigen.

Unsere Genossenschaften werden vor allem in den Bereichen der gewerblichen Produktion, der Landwirtschaft, der Wohnungswirtschaft, des Handels und des Kreditwesens auch in Zukunft in einem ganz erheblichen Umfang zur Sicherstellung der Lebensqualität in Mitteldeutschland beitragen.

Ich hoffe, dass ich damit zugleich auch die Frage nach der Bedeutung der Rechtsform der Genossenschaften und deren Möglichkeiten bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme einer Antwort nähergebracht habe.

Ich bin zu der Auffassung gelangt, dass viele für die menschliche Existenz notwendige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse auf genossenschaftlicher Basis erfüllt werden können.

Und ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein nicht zuletzt durch den wirtschaftlichen und sozialen Beitrag der Genossenschaften in allen Regionen der Welt verwirklicht werden kann.

Diese globale Sichtweise genossenschaftlichen Handelns in der Region wäre den Vätern des modernen Genossenschaftswesens zugegebenermaßen nicht in den Sinn gekommen.

Als der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hermann Schulze aus Delitzsch Mitte des 19. Jahrhunderts zeitgleich mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen das moderne Genossenschaftswesen begründet hat, war von sozialen Rechten noch keine Rede.

Keiner von beiden wird auch nur im Entferntesten geahnt haben, was wir heute mit Fug und Recht konstatieren können: dass damals eine weltweite Erfolgsgeschichte begründet wurde.

Andererseits hätte ihnen die Phantasie gefehlt, sich auszumalen, wie der Genossenschaftsgedanke in der Zeit der kommunistischen Diktatur in der DDR, der Sowjetunion und überall östlich des „Eisernen Vorhangs“ missbraucht werden würde.

Gerade hier, an der Wiege des freien Genossenschaftswesens, sind die Genossenschaften für mich auch mit negativen Erfahrungen und Erinnerungen verbunden.

Mein Vater war selbständiger Gärtnermeister, der sich mit aller Kraft und auch erfolgreich gegen die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft zur Wehr setzte.

Meine frühesten Kindheitserinnerungen verbinden sich mit Aufklärern in FDJ-Hemden, die die Gärtner und Bauern in meinem Heimatdorf in die Landwirtschaftliche (LPG) bzw. Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) zwingen wollten.

Im Falle derartiger Zwangsgenossenschaften handelte es sich nicht alleine aus meiner Sicht um eine sträfliche Verletzung und Entwürdigung des Genossenschaftsgedankens.

Dieses Vorgehen entlarvt den Amts- und Machtmissbrauchs infolge der SED-Herrschaft und hat ganz offensichtlich das Ziel verfolgt, die Mittelschicht der freien, grundbesitzenden Bauern und der Handwerker mit eigenen Betrieben zu zerschlagen und zu enteignen. Viele flüchteten daraufhin in den Westen. Der Verlust von einem Viertel der Bevölkerung, meist der unternehmerischen und gebildeten Leistungsträger, führte maßgeblich zur vielbeklagten „Entbürgerlichung“ Ostdeutschlands.

Das alles liegt jetzt ein Vierteljahrhundert zurück.

Zwei Jahrzehnte haben noch immer nicht ausgereicht, um den Schaden wieder gut zu machen, der damals Mensch, Gesellschaft und Natur zugefügt worden ist.

Aber das Blatt der Geschichte hat sich auf revolutionäre Weise gewendet.

Die mitteldeutschen Länder sind dank der Friedlichen Revolution des Oktober 1989 erfolgreich in die Geschichte Europas zurückgekehrt.

Die Genossenschaften haben den Anschluss an ihre großen wirtschaftlichen und sozialen Traditionen auch in Mitteldeutschland wiedergefunden.

Nach meinem Verständnis ist Mitteldeutschland (auch wenn es sich heute in drei Staaten teilt) eine historische gewachsene und weithin homogene mitteleuropäische Region wie etwa Böhmen oder Österreich, Ungarn oder die Slowakei.

Und wie diese unsere mitteleuropäischen Nachbarn haben wir nach einem Jahrhundert der Kriege und Diktaturen jetzt erstmals wieder die gemeinsame Chance, unsere Aufgabe innerhalb Europas wahrzunehmen.

Unabhängig von der jeweiligen Staatlichkeit, die in der Geschichte immer einem Wandel unterworfen war, wird das Europa unseres 21. Jahrhunderts letzten Endes ein Europa der Nationen und Regionen sein.

Dieses Europa der Nationen und Regionen hat seine regionalen Strukturen und ihre Früchte – die Genossenschaften – bitter nötig, um im Prozess der Globalisierung eigene Handlungsstrategien zu entfalten und eigenständige Entscheidungen zu treffen.

Die sogenannten neuen Bundesländer werden auch im dritten Jahrzehnt ihrer Neugründung nicht immer gerecht beurteilt.

Aber wir selber wissen recht gut, dass wir uns wirtschafts- und arbeitsmarkt-, aber auch finanz- und geopolitisch – wie Deutschland heute insgesamt – in einer vergleichsweise durchaus komfortablen Lage befinden.

Infolge der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit sind wir aus der Peripherie Europas ins Zentrum Europas gerückt.

Wir hatten gemessen an unseren östlichen Nachbarn die besten Startbedingungen sowohl innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und demzufolge auch im Rahmen der Europäischen Union.

Seit 1990 haben wir vor allem gegenüber West- und Süddeutschland erheblich aufgeholt.

Dennoch müssen wir – vor allem mit Blick auf Ende des Solidarpakts – mit unseren knapp bemessenen Reserven haushalten.

Die vor uns liegenden Aufgaben werden wir allein durch die Bündelung aller auf regionaler und Länderebene verfügbaren Kräfte bewältigen können.

Es ist nicht davon auszugehen, dass wir nach 2020 noch auf so umfangreiche Unterstützung des Bundes und der EU rechnen können. Der Solidarpakt läuft 2019 aus und wir verlieren durch steigendes Bruttosozialprodukt den Status einer sogenannten „Ziel-1-Region“.

Wir werden auf eigenen Füßen stehen und unsere Entwicklung zunehmend allein tragen müssen.

Wer das nicht sieht, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Wenn die Akteure in den Regionen sich auf ihre gemeinsamen Wurzeln besinnen und ihre eigenen Stärken erkennen, erfüllen sie eine der wichtigsten Forderungen nicht nur unserer eigenen Zeit.

Die Schöpfer des deutschen Genossenschaftswesens waren Männer des 19. Jahrhunderts.

Heute können die in den Genossenschaftsverbänden vereinigten Frauen und Männer ihren Beitrag dafür leisten, deren zukunftsweisendes Vermächtnis unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu verteidigen und weiter zu entwickeln.

Auf diesem Wege wünsche ich dem 1. Mitteldeutschen Genossenschaftskongress ein gutes Gelingen und den Genossenschaften in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt weiterhin recht viel Erfolg.

Ich danke Ihnen.